

Antrag Energiewende

Die Stadt wolle beschließen:

1. Die Ausschreibung für die Beschaffung von Strom soll künftig nach den Vorgaben für „Ökostrom mit Neuanlagenquote“ erfolgen. (Die Definition von Ökostrom wird nach den vollständigen Kriterien des Umweltbundesamtes ausgerichtet). Dazu soll eine ausgeglichene Energiebilanz innerhalb eines Kalenderjahres und ein Nachweis der physikalischen Lieferung erbracht werden. Zusätzlich soll der Strom nur aus beschriebenen und identifizierbaren Quellen bezogen werden.
2. Lieferung von 100% regionalem Strom aus der Region Bamberg ausschließlich aus erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2025.
3. Die Stadt Bamberg gibt sich eine Solarpflicht, ähnlich wie eine Sozialquote für den Wohnungsbau. So muss bei jedem neuen Bebauungsplan der Betrieb von Solaranlagen mit eingeplant werden.
4. Der Einsatz von Power-to-Gas, also z.B. die Herstellung von Wasserstoff mit Strom aus Erneuerbaren Energien, und anderer Speichertechnologien werden geprüft und immer, wo es sinnvoll und wirtschaftlich möglich ist, eingesetzt.
5. Die Stadtverwaltung weist die Stadtwerke Bamberg an, dem Stadtrat innerhalb des Jahres 2020 einen Plan mit verbindlichen Ausbauzielen für Energie aus erneuerbaren Energiequellen zur Abstimmung vorzulegen. Um die Ziele der Klimaallianz zu erreichen, ist eine Steigerung der Stromerzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien aus dem Landkreis von jährlich 5-10% notwendig. Der von den Stadtwerken vorgelegte Ausbauplan unterschreitet nicht diese Zielmarke.
6. Die Stadt berücksichtigt bei der Verwaltung ihres Vermögens diesen Ausbauplan insofern, dass ausreichend Investitionsmittel für die Finanzierung des Ausbauplans zur Verfügung stehen. Der verabschiedete Ausbauplan ist bei der Entscheidung über die Anlage des Vermögens der Stadt als vorrangig zu berücksichtigen.

BEGRÜNDUNG

Die Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern verursacht hohe Treibhausgas-Emissionen. Der Bezug von echtem Ökostrom gehört zu den klimaschutzpolitisch wirkungsvollsten Maßnahmen. Er kann zu einer erheblichen Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen beitragen.

In der Vergangenheit wurde häufig nur gefordert, dass der gelieferte Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien stammen soll. Werden keine weiteren Qualitätsmerkmale einbezogen, können Stromanbieter aus ihrem bestehenden Strommix den bereits bestehenden Anteil Strom aus erneuerbaren Energien gesondert verkaufen. Aber erst wenn gezielt in den Bau neuer Anlagen investiert wird, ändert sich die Zusammensetzung des Stromes zu Gunsten der erneuerbaren. Wichtig ist daher, die Treibhausgas-Minderung auch während des Lieferzeitraumes zu verankern. Das Umweltbundesamt entwickelte gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium eine Arbeitshilfe für eine europaweite Ausschreibung der Lieferung von Ökostrom, die als Grundlage für öffentliche Auftraggeber herangezogen werden kann. Die Erfahrungen aus den bislang vom Umweltbundesamt/Bundesumweltministerium durchgeführten Ausschreibungen zeigen, dass die Beschaffung von Ökostrom für öffentliche Auftraggeber nur mit geringen spezifischen Mehrkosten verbunden ist. Sie ist daher mit den haushaltsrechtlichen Grundsätzen vereinbar.

Hans-Günter Brünker (Volt)::

1: Einverstanden

2: Sofern genügend Energie in der Region produziert wird, so dass dieses Ziel mit vertretbaren Mehrkosten erreichbar ist – einverstanden. Der Beschluss darf nicht so rigide formuliert sein, dass bei einem unzureichenden Angebot die Stadt Bamberg sich verpflichtet marktunübliche Mehrkosten zu tragen.

3: Einverstanden

4: Ich halte es für fraglich, dass Power-to-Gas in naher Zukunft außerhalb von Großanlagen wettbewerbsfähig sein wird. Eine Prüfung ist aber auf jeden Fall sinnvoll.

5: Einverstanden – muss allerdings an eine Regelung bezüglich der Wirtschaftlichkeit gekoppelt sein. Es macht keinen Sinn „das letzte Prozent“ noch zu erreichen wenn die Kosten dafür unverhältnismäßig hoch sein sollten. Der von den Stadtwerken vorgelegte Ausbauplan unterschreitet nicht diese Zielmarke. Der letzte Teil dieses Satzes ist mir leider unklar. Die Beantwortung insofern nicht möglich.

6: Die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel muss immer im Einzelnen abgewogen werden. Dies pauschal, ohne jede Einschränkung, festzuschreiben macht keinen Sinn.

Fabian Dörner (Die PARTEI):

VOLL GUT

Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg):

1: Die Stadt bezieht ja den Strom für ihre eigenen Liegenschaften von den Stadtwerken Bamberg. Mein Ziel ist es, dass der von den Stadtwerken Bamberg vertriebene Strom zukünftig zu 100 % aus „Ökostrom mit Neuanlagenquote“ kommt.

2: Das Ziel unterstütze ich inhaltlich voll und ganz. Allerdings kann die Erreichung[^] dieses von den GRÜNEN seit Jahrzehnten angemahnte Ziel der Versorgung mit in der Region erzeugten Strom, wenn vor allem der Ausbau der Windenergie - neben einem verstärkten Ausbau der PV-Anlagenleistung – wieder an Fahrt gewinnt. Dieser wurde ja in den vergangenen Jahren auf Null gefahren. Das liegt zum einen an der aus unserer Sicht sofort abzuschaffenden 10H-Regel, aber auch an dem mangelnden Willen und dem fehlenden Werben der politischen Spitzen in Stadt und Land für die Energiewende.

3: JA!

4: JA! Beispiel nehmen an den Nachbarstadtwerken in Haßfurt. Korrespondiert allerdings mit dem dringend notwendigen Ausbau der Erzeugungskapazitäten (siehe oben).

5: Die Ausbauquote muss m.E. sogar ambitionierter sein, um das Ziel aus dem o.g. Spiegelstrich „100% regionalem Strom aus der Region Bamberg ausschließlich aus erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2025“ zu erreichen.

6: JA!

Claudia John (Freie Wähler):

3: Hier muss aber sozialer Wohnungsbau trotzdem gewährleistet werden, nicht dass der Klimaschutz als Grund für höhere Preise herangezogen wird.

5: Ich denke, das hier eine vorausschauende Planung für das Jahr 2021 sinnvoller wäre.

Allgemein: Wie soll mit anderen Stromerzeugern als den Stadtwerken verfahren werden? Wie geht man mit denkmalgeschützten Häusern um, auf denen kein Solar angebracht werden darf und die Heizart Gas ist? Wie sieht es mit dem Flächenverbrauch bei neuen Solaranlagen aus? Nur auf Dächern wird wohl nicht reichen.

Christian Lange (CSU):

1: Nach unserem Wissen beziehen die Stadtwerke Bamberg bereits >seit dem Jahr 2014 ausschließlich Ökostrom zu 100 Prozent.

2: Siehe oben.

3: Dies muss im Einzelfall für den jeweiligen Bebauungsplan geprüft werden. Manchmal können auch Vorschläge zur Versorgung mit Fernwärme oder Geothermie sinnvoll erscheinen. Daher lehnen wir strikte generelle Regelungen ab. Wir bevorzugen die Einzelfallprüfung – auch mit Blick auf den besonderen Schutz des Welterbes, dessen besonders schützenswerte Dachlandschaft derzeit aus denkmalpflegerischen Gründen keine Solaranlagen zulässt.

4: Dies erscheint sinnvoll.

5: Nicht die Stadtverwaltung kann die Stadtwerke anweisen, dies kann nur der Stadtrat selbst tun. Wir stehen daher einem Maßnahmenkatalog, wie die Stadtwerke die Ziele der Klimaallianz erreichen wollen, sehr positiv gegenüber. Die einzelnen Maßnahmen müssen aber in den zuständigen Gremien beraten und beschlossen werden. Dabei ist es allerdings erforderlich, dass wir die energiepolitischen Rahmenbedingungen, die sich verändern können, berücksichtigen.

6: Auch hier gilt: Wir setzen uns für die richtige Abfolge der Entscheidungen und Beschlüsse ein. Zuerst soll der Aufsichtsrat der Stadtwerke den Maßnahmenkatalog beraten, danach ist es Aufgabe des Stadtrats, sich mit einem solchen Vorschlag auseinanderzusetzen und im Rahmen von Haushaltsberatungen gegebenenfalls Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Daniela Reinfelder (BuB):

1: Das haben wir schon so vereinbart.

2 Auch das ist bereits vereinbart.

3: Nein, besserer Betrieb mit Brennstoffzellen

4: Na klar

5: Na klar

6:Nachdem alle Schulen saniert sind, gerne.

Ursula Redler (BA):

In allen Punkten stimme ich überein. Hinsichtlich Solar möchte ich sogar weitergehen, und hier Anreize schaffen wollen, damit auch Bestandsbauten hier eventuell mit Solar oder Photovoltaik nachrüsten. (Siehe Programm) Hier muss ein Konsens mit dem Denkmalschutz gefunden werden.

Der Einsatz von Wasserstoff beim ÖPNV wird bereits gerade geprüft (auf unseren Antrag hin).

Die Stadtverwaltung kann die Stadtwerke nicht anweisen. Das Thema könnte aber auch so zB über den Oberbürgermeister als Vorsitzenden per Antrag o.ä. im Aufsichtsrat behandelt werden. Die Stadtwerke, in deren Aufsichtsrat ich bin, beschäftigen sich mit dem Thema erneuerbare Energiequellen aber bereits seit geraumer Zeit und auch beständig.

Andreas Starke (SPD):

1: Ja, einverstanden. Die Stadt Bamberg schreibt ihren Strombedarf für all ihre städtischen Liegenschaften nicht aus, sondern bezieht im Rahmen einer Inhouse-Vergabe ihren kompletten Strom von den Stadtwerken Bamberg. Die Stadtwerke Bamberg liefern seit 2014 bereits 100 Prozent Ökostrom. Ökostrom mit Neuanlagenquote wurde bisher – mit Blick auf die Marktfähigkeit der Ökostromprodukte – nicht verfolgt. Um die Marktfähigkeit eines solchen Produkts sicherzustellen, müssten die Deckungsbeiträge entsprechend korrigiert werden und würden das Ergebnis der STEW und damit der STWB belasten. Die heutige EEG-Regelung und Systematik der Energienetze sorgen heute schon dafür, dass Erzeugung und Absatz in unmittelbarer räumlicher Nähe erfolgen. Der physikalische Nachweis erzeugt einen sehr hohen organisatorischen Aufwand, der ökologisch keinen Mehrwert bringt.

2: Die Stadtwerke Bamberg haben bereits in der Vergangenheit jede realistische Chance genutzt, um den Ausbau der erneuerbaren Energie weiter voranzubringen, auch in enger Zusammenarbeit mit der Energie-Allianz Bayern (EAB). Auch zukünftig muss bei der Standortfrage für den Ausbau neuer Anlagen darauf geachtet werden, dass der bestmögliche ökologische und ökonomische Nutzen erzielt wird. Dabei ist es nachrangig, ob die Anlage in der Region steht oder nicht.

3: Die allgemeine Einführung einer Solarpflicht ist differenziert zu beurteilen. Selbstverständlich kann und wird auch schon bei der Erstellung von Bebauungsplänen darauf geachtet, dass es zu

entsprechenden ökologischen Maßnahmen kommt. Die Vorgaben der Energieeinsparverordnung sowie des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) sind jedoch so komplex, dass auf jedes einzelne Bauvorhaben separat abgestellt werden sollte. Einzelfallentscheidungen sind also zielführender. Durch das EEWärmeG ist aber bei Neubauten bereits eine Quote vorgeschrieben, die hohe Standards setzt. Hinweis: Lagarde = 66 % regenerative Energien bei der Wärmeerzeugung. Das soll der zukünftige Weg sein.

4: Toller Ansatz, testen die Stadtwerke Bamberg im Energiekonzept Lagarde. Das ist in der Vorstudie bereits vorgesehen. Ein echtes Vorzeigeprojekt, das ich schon in München und Berlin vorgestellt habe. Die Stadt Bamberg steht bereits in intensivem Austausch mit der Fa. Bosch in Bezug auf die Realisierung von Pilotprojekten im Hinblick auf die Nutzung der Brennstoffzelltechnologie. Beispiele hierzu sind der Betrieb eines wasserstoffbetriebenen Stadtbusses oder die Energieversorgung des Dienstleistungszentrums am Zentralen Omnibusbahnhof. Das ist meine Vision von der künftigen Energiepolitik, weil wir in Brennstoffzellen die komplette Wertschöpfungskette in Bamberg abbilden können.

5: Die aktuellen energiepolitischen und baurechtlichen Rahmenbedingungen (10H, Repowering) müssten aktiv verändert werden, um das Ziel realistisch zu erreichen. Außerdem will ich auch von der „Brennstoffzellenstrategie“ profitieren, die vorbildlich sein soll (siehe Lagarde).

6: Ja, Zustimmung. Energiepolitische Maßnahmen haben bei der Stadt Bamberg schon seit längerem höchste politische Priorität, auch bei der Aufstellung der Haushaltspläne. Mit Neugründung des Immobilienmanagements der Stadt Bamberg im Jahre 2010 wurde bereits im Jahre 2011 mit Beschluss des Finanzsenates vom 26.07.2011 eine Leitlinie zum energieeffizienten Bauen und Sanieren der Stadt Bamberg erlassen. Unter Berücksichtigung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze – vor allen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie des ausgeglichenen Haushaltes – wird diese Leitlinie seit nunmehr über 10 Jahren umgesetzt.

Hendrik Torner (BaLi):

erneuerbare Energien sind ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Wir würden für diesen Antrag stimmen, allerdings unter einer Bedingung: auch wenn es drängt, braucht es für einen gut ausgefeilten Plan der Stadträte etwas mehr Zeit. Unser Vorschlag: ab Einreichen des Antrags haben die Stadtwerke für diesen Plan ein Kalenderjahr.

Antrag Klimanotlage

Die Stadt wolle beschließen:

1. Der Stadtrat erkennt die Klimanotlage und die Verantwortung für die Einhaltung des 1,5°C- Ziels nach dem Pariser Klimaabkommen an.
2. Künftig muss bei allen Entscheidungen der Kommune und des Stadtrats deren Auswirkungen auf die Umwelt (insbes. Klima, biologische Artenvielfalt) berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck muss im Umweltamt eine Stelle geschaffen werden, die die Auswirkungen von Anträgen und Entscheidungen auf das Klima prüft und diese dem Stadtrat mitteilt. Dies soll in Analogie zu den finanziellen Auswirkungen geschehen.
3. Zusätzlich ist die Stelle eines/r Klimaschutzmanager*in auf Referent*innenebene zu schaffen. Diese*r ist für den Entwurf und die Umsetzung einer Klimaschutzstrategie verantwortlich.
4. Bürger*innen und Initiativen steht ein Recht auf aktive Partizipation auch in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes zu. Der Stadtrat beschließt daher die Einsetzung eines Klimabeirats mit Beteiligung von engagierten Bürger*innen und qualifizierter Organisationen. Dieser Klimabeirat soll die Entwicklung und Umsetzung der Klimastrategie der Stadt überprüfen, trifft sich mindestens alle 2 Monate, ist mindestens paritätisch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren besetzt und hat im Umweltsenat und/oder Stadtrat Initiativrecht.
5. Um die Beteiligung der Bürger*innen zu ermöglichen, wird künftig ein möglichst niederschwelliger Zugang zu allen umweltrelevanten Daten und Informationen der Stadt und des Landkreises gewährt, insbes. durch Veröffentlichung entsprechender Daten im Internet.

BEGRÜNDUNG

Die Stadt und der Landkreis Bamberg müssen endlich die weitreichende Dringlichkeit der Querschnittsaufgabe Klimawandel anerkennen und dann dementsprechend Maßnahmen ergreifen.

Hans-Günter Brünker (Volt):

- 1: Einverstanden
- 2: Einverstanden
- 3: Aus Kostengründen sollte dies nicht mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle verbunden sein.
- 4: Einverstanden
- 5: Die Stadt hat keinen direkten Einfluss auf den Landkreis; insofern kann sich Volt was diesen Antrag anbelangt nur im Hinblick auf die Stadt äußern. Ansonsten einverstanden.

Fabian Dörner (Die PARTEI):

VOLL GUT

Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg):

Alles mit Ja beantwortet.

Claudia John (Freie Wähler):

1: Ich lehne den Klimanotstand ab. Ich denke, das man durch nachhaltiges Handeln mehr erreichen kann, als durch diese Sanktionen

Allgemein: Ich stimme den Forderung mit Ausnahme Punkt 1 zu. In welchem Zeitraum die Beteiligung eines Klimabeirates stattfindet und welchen personellen Umfang er hat, möchte ich jetzt noch nicht beurteilen.

Christian Lange (CSU):

1: Die Erreichung der Pariser Klimaziele ist uns ein vordringliches Anliegen. Wir befürworten daher einen konkreten Aktionsplan zur Erreichung der Pariser Klimaziele.

2: Den Vorschlag, bei allen Beschlussvorlagen des Stadtrats die Auswirkungen auf die Umwelt anzugeben, unterstützen wir. Eine Neuschaffung einer eigenen Stelle hierfür sehen wir hingegen eher skeptisch.

3: Es gibt derzeit bereits einen Klimaschutzmanager, der diese Aufgabe als Querschnittsaufgabe angehen soll. Daneben gibt es einen Umweltreferenten der Stadt. Im Zuge der neuen Geschäftsordnung für den neuen Stadtrat muss über die neue Aufgabenverteilung konkret gesprochen werden. Dabei sind verschiedene Modelle denkbar.

4: Ja

5: Ja

Ursula Redler (BA):

Hinsichtlich des Klimavorbehalts bin ich voll bei Ihnen (siehe Programm), auch beim Pariser Abkommen. Ob zwei zusätzliche Stellen hier die richtige Herangehensweise sind, kann ich noch nicht abschließend beurteilen. Beim letzten Punkt wiederum bin ich bei Ihnen. Die Stadt hat hier Vorbildcharakter und muss nicht nur Anleitung geben, sondern auch Anreize. (siehe Programm)

Daniela Reinfelder (BuB):

1: Nein

2: Haben wir schon

3: Nein

4: Wir haben eine Klimaallianz.

5: Die meisten Daten sind bereits heute schon öffentlich zugänglich.

Andreas Starke (SPD):

1: Ja. Der Stadtrat erkennt die Verantwortung für die Einhaltung des 1,5 C-Ziels nach dem Pariser Klimaabkommens an. Zur Erreichung des Ziels wird ein Klimaaktionsplan mit konkreten Projekten erstellt.

2: Ja. Die Angelegenheit wird im Rahmen der „Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates“ behandelt. Ein Vorgehen entsprechend der Orientierungshilfe zur Prüfung der Klimaverträglichkeit in den Städten ist sicherlich zukunftsweisend. Inwieweit dafür eine Stellenmehrung notwendig ist, erscheint mir nicht zwingend.

3: Ja. Der Antrag zur Stellenbesetzung läuft bereits und soll im kommenden Personalsenat und anschließenden Finanzsenat entschieden werden. Die Stelle ist absolut notwendig. Dafür setze ich mich ein.

4: Die Thematik wurde bereits gegenüber der Stadtratsfraktion „GRÜNES BAMBERG“ thematisiert. Die Gründung eines Klimabeirats mit Vertretern aus NGO`S, Universität, Wirtschaft und Stadtgesellschaft ist zielführend und wir befürworten. Spezielle „Kontrollorgane“ gegenüber dem Stadtrat sollten jedoch durch diesem Klimabeirat nicht geschaffen werden. Nur der Stadtrat bzw. der jeweilige Senat ist durch die Wahlen mit einem politischem Mandat versehen. Mir ist die Legitimation sehr wichtig.

5: Informationen können nur im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen gewährt werden. Soweit diese Bestimmungen eingehalten werden sind selbstverständlich die Daten entsprechend zugänglich bzw. werden der Bürgerschaft unaufgefordert zugänglich gemacht.

Hendrik Torner (BaLi): Unter dem Begriff „Klimanotstand“ versucht die BaLi seit Juni 2019, diese Ziele zu erreichen. Deshalb erhält dies unsere volle Unterstützung.

Antrag Mobilität

Die Stadt wolle beschließen:

Mit einer breiten Bürger*inneneinladung und Beteiligung aller betroffenen und interessierten Gruppen, Initiativen und Verbänden wird zeitnah ein zukunftsorientiertes, bedarfsorientiertes Verkehrskonzept und der gemeinsame Nahverkehrsplan Stadt und Landkreis diskutiert, weiterentwickelt, ggf. ergänzt und allgemein bekannt gemacht. Die Verwaltung organisiert dieses Verfahren und begleitet es auch fachlich. Konkrete Umsetzungsziele und -zeiträume werden festgelegt. Sowohl die Durchführung als auch die Erfolge im Hinblick auch den Klimaschutz werden in geeigneten Abständen überprüft und veröffentlicht. In diesem neuen Verkehrskonzept werden folgenden Maßnahmen berücksichtigt:

1. Gemeinden im Landkreis sind bedarfsgerecht und kostengünstig mit öffentlichen Verkehrsmitteln (ÖPNV) erreichbar, auch am Abend und am Wochenende.
2. Schnelle Verbindungen und Ring- und Direktverbindungen werden geprüft und ermöglicht.
3. Unter bedarfsgerecht ist eine Taktung zu verstehen, die sich an dem schwankenden Bedarf orientiert. Dieser Bedarf soll durch eine Befragung der Bürger*innen in Stadt und Landkreis erfolgen.
4. Stadt- und Landkreis-Verbindungen sind aufeinander abgestimmt und bequem nutzbar.
5. Für alle Pendler*innen und Reisenden wird der ÖPNV attraktiv gestaltet. Dazu ist eine eindeutige Beschilderung der Bushaltestellen, insbesondere am Bahnhof von Nöten.
6. Auch eine Umgestaltung des Bahnhofsgeländes zum Regionalen Omnibus-Bahnhof ist dieser Vernetzung förderlich.
7. Ein sicheres bedarfsgerechtes Radverkehrsnetz wird ausgebaut und ergänzt.
8. Für einen sicheren Radweg ist es von besonderer Bedeutung, dass die Radwege instandgehalten werden und befahrbar sind. Dazu ist eine konsequente Verfolgung von Falschparkern durch den Parküberwachungsdienst unabdingbar. Bei Instandhaltung und Neubau von Radwegen hat sich die Stadt an die geltende Rechtslage zu halten.
9. In Bauleitplänen müssen Car-Sharing, e-Mobilität, Fahrradparkplätze und eine angemessene Anbindung an den ÖPNV verbindlich geregelt werden.
10. Für Stadtbusse muss geprüft werden, ob eine Nutzung von Wasserstoffantrieben effizient wäre. Falls eine ausreichende Effizienz gegeben ist, müssen Planungen gestartet werden, um die Flotte der Stadtbusse umzurüsten.
11. Zwischen Bischberg und Gaustadt wird ein weiterer P+R-Platz angelegt
12. Das Parken auf allen P+R-Plätzen und die Fahrt mit dem P+R-Bus (Taktung 10 Min.) sind kostenlos von 6 - 20 Uhr. Von 20 - 1 Uhr kostet die Fahrt 1 € und der Takt steigt auf 30 Min.

13. Wer mit dem eigenen PKW in die Stadt fährt, zahlt eine City-Maut von 5 €. Davon befreit sind PKW mit sichtbarem Ausweis für Stadtbewohner*innen, für Handwerker*innen, für Nachtschichtarbeiter*innen und für Gehbehinderte.

14. Höchstgeschwindigkeit in der Stadt 30 km/h, auf dem Berliner und Münchner Ring 50 km/h.

BEGRÜNDUNG

Die Zukunft des Verkehrs kommt nicht mit teuren Straßenneubauten, sondern mit intelligenten Konzepten, besseren Bus- und Bahnverbindungen, Car-Sharing-Angeboten und besseren sowie sicheren Rad- und Fußwegen voran.

Hans-Günter Brünker (Volt):

- 1: Einverstanden. Allerdings stellt sich die Frage ob dies durch Linienanbindungen kostenseitig realisiert werden kann. Wenn nicht müssen andere Lösungen gefunden werden.
- 2: Einverstanden
- 3: Einverstanden
- 4: Einverstanden
- 5: Einverstanden und vergleichsweise kostengünstig zu realisieren.
- 6: Dringend erforderlich. Leider von der derzeitigen Stadtführung vernachlässigt.
- 7: Einverstanden. Verbunden mit einer signifikanten Erhöhung der Ausgaben je Einwohner und Jahr!
- 8: Einverstanden
- 9: Einverstanden
- 10: Diesbezüglich müssen auch andere Alternativen geprüft werden, ansonsten einverstanden.
- 11: Einverstanden
- 12: Einverstanden
- 13: Einverstanden. Dies kann aber erst realisiert werden wenn eine ausreichende Erreichbarkeit der Innenstadt z.B. durch P&R Angebote gewährleistet ist und diese auch von der Bevölkerung entsprechend angenommen werden, da sonst größere Einbußen für Einzelhandel und Gastronomie drohen mit negativen Folgen für die gesamte Stadt.
- 14: Einverstanden. Es wäre noch zu prüfen ob nicht auch andere Straßen bei 50km/h zu belassen wären. Hierzu ist auch eine Bürgerbeteiligung erforderlich.

Fabian Dörner (Die PARTEI):

VOLL GUT

Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg):

- 1-3: Alles mit Ja!
- 4: Ja! Insbesondere auch mit der Taktung der Bahn.
- 5: Siehe nächsten Spiegelstrich. Mein Ziel ist es, den Regionalen Omnibus-Bahnhof mit oberster Priorität anzugehen und spätestens 2023 in die Realisierung zu bringen.
- 6: JA! nicht nur als Regionaler Omnibus-Bahnhof, sondern als zentrale Mobilitätsdrehscheibe am Bahnhof zur Vernetzung verschiedenster Verkehrsträger, also Bahn, Bus, Fahrrad (auch Pedelec), Car-Sharing, und das über eine Mobilitätskarte, mit der alle Verkehrsmittel abgerechnet werden können. Das Beispiel Augsburg mit der Mobilitätsflatrate bietet hier ein gutes Vorbild.
- 7-9: Ja!
- 10: Spätestens ab dem Jahr 2025 darf aus meiner Sicht gar kein Bus mit Verbrennungsmotor mehr angeschafft werden, um die Ziele der Klima-Allianz Stadt und Landkreis Bamberg, nämlich bis zum Jahr 2035 energieautark zu sein, einzulösen. D.h. die ersten emissionsfreien Busse (das können Wasserstoffbusse sein) sollten bereits mit der nächsten Beschaffungsrunde eingeläutet werden, um Erfahrungen im Betrieb zu sammeln.
- 11: JA! Wobei (auch zum nächsten Spiegelstrich) das Angebot von ÖPNV und P+R allein nicht ausreicht. Es müssen gleichzeitig einschneidende Maßnahmen zu Lasten des MIV in der Stadt (z.B. konsequente Parkraumbewirtschaftung, flächendeckend verkehrsberuhigende Maßnahmen, Priorität für die Verkehrsmittel des Umweltverbands) getroffen werden.
- 12: Kein spezieller Kommentar.
- 13: Eingeschränktes JA, vom Grundatz her o.k., die rechtlichen Voraussetzungen dazu fehlen aktuell in Deutschland. Was aktuell möglich ist, ist die konsequente Parkraumbewirtschaftung (siehe oben).
- 14: Ja!

Claudia John (Freie Wähler):

- 1: Finanzierbarkeit?
- 3: Und Zählung!
- 14: Eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Maße lehne ich ab, weil es dem fließenden Verkehr nicht dienlich ist.

Allgemein: Das Straßennetz muss trotzdem in Stand gehalten werden bzw. ggf. ausgebaut werden, da es auch für Sharing-Angebote und den ÖPNV dringend notwendig ist. Bamberg ist eine Pendlerstadt und muss diesem Umstand gerecht werden.

Christian Lange (CSU):

1: Wir meinen: Die Mobilitätswende ist nur zusammen mit dem Landkreis möglich. Deshalb unterstützen wir dieses Ziel. Sehen hier allerdings insbesondere den Landkreis Bamberg gefordert.

2: Derzeit werden solche Verbindungen erprobt. Die Ergebnisse dieser Erprobungen sollten in die künftige Ausgestaltung des Busfahrplans einfließen.

3: Die Mobilitätswende ist nur zusammen mit dem Landkreis denkbar. Wir sollten daher gemeinsam mit dem Landkreis abstimmen, wie wir die Taktung organisieren und dabei auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich eingehen. Die Mobilitätswende wird nur mit einem attraktiven und finanzierbaren ÖPNV-Angebot in Stadt & Landkreis möglich sein.

4: ja

5: ja

6: Die CSU fordert seit Jahren diesen Regionalen Omnibusbahnhof am Bahnhof. Je eher dieser verwirklicht werden kann, desto besser.

7: ja

8: Dieses Ziel unterstützen wir. Wir müssen uns allerdings eine Lösung ausdenken, wie wir in den Stadtteilen vorgehen wollen, für welche der PÜD bisher nicht zuständig ist. Der Schaffung neuer Stellen für diesen Zweck stehen wir eher skeptisch gegenüber. Für uns gibt es gewichtigere Prioritäten in der Personalentwicklung der Stadt.

9: Dieses Ziel unterstützen wir. Es entspricht auch der bisherigen Praxis, beispielsweise im Mobilitätskonzept für die Lagarde-Kaserne.

10: Die CSU fordert seit längerem die Umrüstung der Stadtbusse auf schadstoffarme Antriebssysteme.

11: Hier muss die Finanzierungsfrage zwischen den betroffenen Kommunen geklärt werden.

12: Hier gibt es unserer Meinung nach bereits ein neues attraktives Angebot. Über etwaige Ausweitungen muss im Rahmen der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt und der Stadtwerke entschieden werden.

13: Wir wünschen uns eine attraktive und erreichbare Innenstadt für alle. Eine City-Maut lehnen wir daher ab.

14: Wir sehen im Augenblick keine Notwendigkeit für eine solche Geschwindigkeitsbeschränkung. Außerdem steht die Rechtslage einer Einführung von generellem Tempo 30 km/h im ganzen Stadtgebiet entgegen.

Ursula Redler (BA):

Die Förderung/Erstellung eines nachhaltigen und umfassenden Verkehrskonzepts ist Teil meines Wahlprogramms. Ich sehe hierbei als ersten notwendigen Schritt die Einholung eines Sachverständigen-Gutachtens (zum Beispiel von der Unfallforschung Berlin, die sich auch auf so etwas spezialisiert hat und sehr kostengünstige Gutachten anbietet) und dann eine umfassende Bürgerbeteiligung. Wie gesagt, die Stadtwerke prüfen bereits die Nutzung von Wasserstoffantrieben beziehungsweise steht dies bereits auf der Agenda. (s.o. - unser Antrag)

Beim Radverkehrsnetz bin ich bei Ihnen, ebenso beim ROB - wie Sie zu letzterem meinem Programm entnehmen können. Der kostenlose ÖPNV an den P & R-Plätzen ist letztlich auch auf meinen Antrag zurück zu führen, wie Sie dem FT zum Beispiel entnehmen konnten. Ebenso ist Teil meines Programms der Ausbau des ÖPNV: Hier gibt es einiges an Optimierungsbedarf; es ist aber auch eine Frage der Finanzierung und des politischen Willens. Die Idee dass der City-Maut finde ich gut, aber rechtlich doch sehr problematisch. Ich würde es aber gerne prüfen.

Eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in der kompletten Stadt ist rechtlich schlichtweg nicht durchsetzbar.

Daniela Reinfelder (BuB):

1-2: Ja klar.

- 3: Gerne
- 4-5: Ja.
- 6: Besonders wichtig, muss zügig realisiert werden.
- 7: Wird weiterentwickelt.
- 8: Ja.
- 9: Wo es geht?
- 10: ja.
- 11: Auf jeden Fall, schon 2x von mir beantragt.
- 12: Gerne
- 13: Gute Idee
- 14: Nein

Andreas Starke (SPD):

1: Ja. Wir sind gerne bereit, das Mobilitätsangebot in Stadt und Landkreis noch enger miteinander zu vernetzen. Die Verbesserung der Mobilitätsangebote im Landkreis obliegt dem Aufgabenträger Landkreis. Der Landkreis Bamberg hat ein Mobilitätskonzept verabschiedet, das Verbesserungen für den öffentlichen Personennahverkehr vorsieht. Die Planungen sollen ab III. Quartal 2024 umgesetzt werden. Bei den grenzüberschreitenden Verkehren erfolgt die enge Abstimmung mit den Stadtwerken Bamberg.

2: Ja. Eine Ringbuslinie ist bereits im Testbetrieb. Derzeit wird der Nutzen geprüft. Direktverbindungen machen dann Sinn, wenn ein entsprechend hohes Nachfragepotenzial zwischen Wohn- und Zielort vorhanden ist. Um solche Potenziale zu erkennen, werden in der Fahrplanung die Ergebnisse aus Haushaltsbefragungen sowie soziodemografische Daten berücksichtigt. Der öffentliche Personennahverkehr bedient aber hauptsächlich mehrere Haltestellen auf seinem Linienverlauf, um allen Bürger*innen ein Mobilitätsangebot anbieten zu können.

3: Eine bedarfsgerechte Taktung ist für jeden Fahrplanwechsel wesentliche Grundlage für die Fahrplanung. Dabei werden auf der Basis von Fahrtgasterhebungen, Erkenntnissen aus Haushaltsbefragungen, soziodemografischer Daten und städtebaulichen Entwicklungen, bedarfsgerechte Taktungen vorgesehen. Eine einfache Befragung von Bürger*innen würde nur subjektive Eindrücke widerspiegeln. Wir müssen aber objektive Grundlagen haben.

4: Ja. siehe oben. Die tarifliche Einbindung in den Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) ist geregelt.

5: Ja. Wir sind für Ideen offen, die eine Beschilderung verbessern.

6: Ja. Das ist richtig und wir stehen im ständigen Kontakt mit der deutschen Bahn, um Druck zu machen, damit wir den Raum für den ROB endlich bekommen.

7:Ja

8:Ja

9: Ja. Lagarde ist gutes Beispiel dafür, alle Bebauungspläne müssen analog behandelt werden.

10: Ja. Die aktuelle europäische Richtlinie 2019/1161 „Clean Vehicle Directive“ sieht derzeit zwei Antriebsarten für Busse als emissionsfrei an:

- Elektroantrieb
- Brennstoffzellenantrieb

Die Fahrzeugindustrie hat den Schwerpunkt ihrer Entwicklung auf Busse mit Elektroantrieb gelegt. Für einen Betrieb mit Brennstoffzellenbussen ist es erforderlich, eine Wasserstofftankstelle zu bauen und zu betreiben. Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand scheidet aus rechtlichen Gründen ein Bau am bisherigen Betriebshofstandort Georgenstraße aus. Ein geeigneter Standort würde sich möglicherweise am Stadtrand oder auf dem Landkreisgebiet finden lassen. Dagegen ist die „Betankung“ von E-Bussen am bisherigen Standort möglich.

Daher werden die Stadtwerke E-Busse vorrangig behandeln und ab 2021 in die Beschaffung von E-Bussen investieren. Bis zu diesem Zeitpunkt werden übergangsweise Busse mit Hybridantrieb beschafft.

11: Jein. Die Anlage weiterer P+R-Plätze zur Vermeidung von Verkehren ist grundsätzlich richtig. Allerdings sind im Vorfeld entsprechende Analysen zu erstellen, ob für einen zusätzlichen P+R-Platz ein

entsprechend hohes Nachfragepotenzial vorhanden ist. Zusätzlich bedingt dies aber auch ergänzender verkehrssteuernder Maßnahmen im Innenstadtbereich.

12: Ja. Ist umgesetzt. Abends 40 Minuten-Takt, dafür kostenlos. Ab 01.03.2020 wird das kostenlose Park&Ride-Angebot realisiert, verbunden mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit.

13: nein

14: Grundsätzlich ein praktikabler Vorschlag. Aber die Straßen müssen einzeln und individuell geprüft werden. Möglicherweise bleibt es auch bei anderen Straßen bei 50 km/h (z.B. Kronacher Straße, Hafestraße etc.).

Hendrik Torner (BaLi): Auch dieser Antrag bläst ins gleiche Horn wie das ÖPNV-Konzept der BaLi, weshalb wir ihm, angepasst an unser Programm (z. B. kostenloser ÖPNV, Konzept mit drei Ringen, Radverkehrsnetzausbau auch ins Umland mit Hilfe von Solarpanel-Radwegen), zustimmen.

Antrag Verantwortung der Kommune für Mensch und Umwelt (Beschaffung und Finanzen)

Die Stadt wolle beschließen:

1. Für den Bereich Vergabe & Beschaffung:

1. Die Verwaltung beauftragt im Jahr 2020 eine Steuerungsgruppe unter Beteiligung der Zivilgesellschaft damit, einen Katalog sozial-ökologischer Kriterien für die Vergabe- und Beschaffungspraxis der Kommune (und der Einrichtungen/Unternehmen in kommunaler Trägerschaft) zu erarbeiten und ihn dem Stadtrat und der Öffentlichkeit Ende des Jahres 2020 zum Beschluss vorzulegen. Fortan werden diese als Leistungskriterien bei der Beschaffung verpflichtend angewendet (bspw. die Nutzung von Recycling-Papier mit dem Umweltsiegel Blauer Engel).
2. Ab 2021 wird die Anwendung sozial-ökologischer Kriterien bei Vergabe und Beschaffung der Kommune systematisch erfasst. Über den Umfang der sozial-ökologischen Beschaffung/Vergabe berichtet die Steuerungsgruppe jährlich umfassend an den Stadtrat und die Öffentlichkeit.
3. Um die systematische Erfassung der Beschaffung mittelfristig zu erleichtern und die Kosten ggfs. zu senken, wird die Einführung eines digitalen Beschaffungskataloges (bspw. nach dem Vorbild der Stadt Mainz) von der Steuerungsgruppe geprüft und anschließend im Stadtrat über die Ergebnisse der Prüfung berichtet.
4. Die Steuerungsgruppe zeichnet für das Ausarbeiten von Zielen und eines terminierten Maßnahmenplans zur Förderung und stärkeren Berücksichtigung der sozial-ökologischen Leistungskriterien verantwortlich.
5. Alle Stadtmitarbeiter*innen, die im Bereich Beschaffung & Vergabe tätig sind, erhalten regelmäßige Schulung und Weiterbildung zum Thema nachhaltige Beschaffung.
6. Es wird geprüft, ob für die Erfüllung oben genannter Aufgaben zusätzliches Personal benötigt wird und ob eine Inanspruchnahme möglicher Fördermaßnahmen durch verschiedene Förderstellen in Frage kommt.

2. Für den Bereich Finanzen:

1. Die von der Stadt Bamberg (oder ihrer Töchter) in Anspruch genommenen Kreditinstitute und Finanzdienstleister werden hinsichtlich ihrer Geschäftsfelder und -praktiken geprüft.
2. Es werden Ausschluss- bzw. Negativkriterien für in Anspruch genommene Kreditinstitute und Finanzdienstleister (z.B. Investitionen in Rüstung und Waffen) formuliert und Positivkriterien (z.B. Investitionen in Erneuerbare Energien) festgesetzt.
3. Die Erarbeitung eines terminierten Maßnahmenplans zur Anwendung der ausgearbeiteten Negativ- und Positivkriterien zum nächstmöglichen Zeitpunkt und die Berichterstattung an den Stadtrat über die oben genannten Vorgänge.

BEGRÜNDUNG

Entscheidungen über den Einkauf von Waren und Dienstleistungen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an Dritte hat weitreichende ökologische und soziale Auswirkungen. Aufgrund der enormen Kaufkraft trägt die Stadt Bamberg eine besondere Verantwortung dafür, dass ökologische Mindeststandards und die Menschenrechte beim öffentlichen Einkauf und der Auftragsvergabe eingehalten werden. Nachdem Vertreter*innen der Bamberger Zivilgesellschaft in einem breiten Bündnis die Stadt Bamberg bereits 2015 zur Berücksichtigung von sozio-ökologischen Kriterien hinsichtlich der öffentlichen Beschaffung und Vergabe aufgefordert haben und die Richtlinien der Stadt entsprechend angepasst wurden (VO/2015/1756-R1), ist bislang wenig

passiert. Auch den sozial-ökologischen Fußabdruck der kommunalen Finanzen hat bisher niemand überprüft.

Hans-Günter Brünker (Volt):

- 1.1: Einverstanden. Eventuell benötigt dies etwas mehr Zeit.
- 1.2 – 1.6: Einverstanden
- 2.1: Einverstanden
- 2.2: Einverstanden
- 2.3: Einverstanden

Fabian Dörner (Die PARTEI):

VOLL GUT

Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg):

Alles mit Ja!

Claudia John (Freie Wähler):

- 1.3: Wie soll diese Steuergruppe genau aussehen? Kann man diesen Zielen nicht auch ohne Steuergruppe folgen?

Christian Lange (CSU):

- 1.1: Wir stehen einem solchen Vorschlag positiv gegenüber. Im schulischen Bereich legen wir beispielsweise großen Wert auf Fair Trade-Produkte.
- 1.2: Hier müssten unserer Meinung erst einmal die Kriterien einvernehmlich festgelegt werden. Erst dann kann über den Umgang mit den Kriterien gesprochen werden.
- 1.3: Ein Digitaler Beschaffungskatalog erscheint uns sinnvoll.
- 1.4: Grundsätzlich ja, allerdings soll die Entscheidung letztlich dem Stadtrat als gewähltem demokratischen Gremium der Stadt vorbehalten bleiben.
- 1.5: Dies geschieht nach unserem Wissen eh schon. Wir unterstützen grundsätzlich die Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung all unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- 1.6: Angesichts der Haushaltslage der Stadt liegen unsere Schwerpunkte in der Personalentwicklung eher in der Aufgabe der Sanierung der Schulen und der Beschleunigung von Bauanträgen.
- 2.1: Es gibt unseres Wissens nach bereits Handlungsrichtlinien, die allerdings im jeweiligen Aufsichtsrat beschlossen werden müssen.
- 2.2: Eine solche Entscheidung muss in jedem einzelnen Aufsichtsrat gesondert beraten und entschieden werden.
- 2.3: Über die Ziele, welche der Stadtrat für die städtischen Tochterunternehmen formuliert, wird jährlich im Stadtrat beraten und beschlossen.

Ursula Redler (BA):

Grundsätzlich gut und sinnvoll, was Sie hier schreiben.

Bei den ersten drei Punkten gehe ich auch mit. Bei der Steuerungsgruppe (Punkt 4) stellt sich für mich die Frage, ob es hier nicht ein sinnvollerer effizienteres Vorgehen gibt, zB eine Ansiedlung beim Controlling im Sozialreferat, wo bereits in anderen Themengebieten ähnlich vorgegangen wird.

Bei den Punkten 5 und 6 bin ich voll bei Ihnen. Auch für den Bereich Finanzen halte ich Ihre Vorschläge für sinnvoll und umsetzbar.

Daniela Reinfelder (BuB):

- 1.1: Wird heute schon gemacht!
- 1.2 -1.4: Nein
- 1.5: Wird heute schon gemacht!
- 1.6: Nicht erforderlich
- 2.1-2.3: Nein!

Andreas Starke (SPD):

1.1: Ja. Die hier genannten Forderungen wurden bereits im Jahr 2015 nahezu wortgleich vom Verein CHANGE Chancen.Nachhaltig.Gestalten e.V. an die Stadtverwaltung herangetragen. Diesbezüglich fand am 21.07.2015 ein Gespräch zwischen dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes sowie dem Referat 1 mit CHANGE e.V. anknüpfend an ein Gespräch der Gruppe mit Herrn Oberbürgermeister am 18.06.2015 statt. Dieses Gespräch fand im Kontext der Neufassung der Beschaffungs- und Vergaberichtlinien der Stadt Bamberg statt, die am 28.07./29.07.2015 durch den Finanzsenat bzw. die Vollsitzung des Stadtrates der Stadt Bamberg beschlossen wurden.

1.2: Ja. Die Anwendung von ökosozialen Kriterien wurde bei der Neugestaltung der Vergaberichtlinien ausdrücklich und umfänglich berücksichtigt.

1.3: Ja. Die Einführung eines digitalen Beschaffungskataloges wird schon seit längerem in der Stadtverwaltung diskutiert und ausdrücklich begrüßt.

1.4: Ja. Das zentrale Fördermanagement prüft zu jeder Zeit in Zusammenarbeit mit allen städtischen Dienststellen die Förderfähigkeit von zu realisierenden Projekten.

1.5: ja

1.6:ja

2.1: Ja. Bei der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen arbeitet die Stadt Bamberg nahezu ausschließlich mit Unternehmen aus dem Bereich der Sparkassenfamilien bzw. dem genossenschaftlichen Bereich zusammen. Eine Verstrickung in dabei nicht vertretbare ethische Geschäfte ist nicht erkennbar.

2.2: ja s.o.

2.3: ja s.o.

Hendrik Torner (BaLi):

Dieser Antrag erhält unsere Zustimmung, besonders begrüßen wir die Prüfung der in Anspruch genommenen Kreditinstitute.

Antrag Wärmewende für den Klimaschutz

Die Stadt wolle beschließen:

1. In der Bauleitplanung und bei der Ausweisung von Sanierungsgebieten sind stärker als bisher klimarelevante Aspekte zu berücksichtigen (bspw. hohe Energieeffizienzstandards etwa der Passivhausstandard, die Nutzung des Anschlusszwangs zum Ausbau der Nahwärmenetze oder die Verpflichtung/Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger). Diesbezüglich wird eine fachkundige Kommission unter Beteiligung von Experten aus der Zivilgesellschaft noch im Jahr 2020 einen Kriterienkatalog für eine nachhaltige Bauleitplanung dem Stadtrat zum Beschluss vorlegen. Diese Kriterien werden künftig verbindlich bei der Bauleitplanung und Sanierung berücksichtigt.
2. Bereits während der Überarbeitung der Bauleitplanung ergreifen die Stadtverwaltung und die Stadtwerke alle Möglichkeiten, um konkrete Projekte für den Klimaschutz zu realisieren (bspw. Ausbau Nahwärme, Betrieb von Hackschnitzelanlagen, Energiespeichertechnologien). Die Stadtverwaltung prüft zudem, wo es bei der Entwicklung der Stadt möglich ist, weitere klimawirksame Leuchtturmprojekte wie die innovative Wärmeversorgung an der Lagarde Kaserne zu realisieren und dem Stadtrat entsprechende Ideen – insbes. In Hinblick auf die Konversion – zeitnah zu präsentieren.
3. Der Anspruch der Stadt an Energieeffizienzstandards für eigene Neubauten ist ab sofort der Passivhausstandard. Von ihm kann nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden.
4. Es wird bis zum Ende des Jahres 2020 ein effektives Energiemanagementkonzept für die kommunalen Liegenschaften erstellt, welches die Energieeinsparmöglichkeiten prüft und konkrete Handlungsanweisungen mit beteiligten Akteuren auf allen Ebenen erarbeitet.

BEGRÜNDUNG

Die Klima-Allianz Stadt & Landkreis Bamberg will bis 2035 die bilanzielle Energieautarkie erreichen. Der Energiebedarf ist weitestgehend aus erneuerbaren Energien zu decken.

Raumwärme hat den größten Anteil am privaten Energieverbrauch. Hier sind Einsparungen und der Einsatz erneuerbarer Energien besonders wichtig und besonders wirksam. Einsparpotentiale und der weitgehende Einsatz erneuerbarer Energie für diesen Bereich müssen in den nächsten Jahren besonders gefördert und zügig realisiert werden.

Für die Umsetzung nachhaltiger Ideen und Konzepte bleiben nur noch wenige Jahre. Deutschland verfehlt derzeit seine international versprochenen Klimaziele und die deutsche Industrie verliert ihre weltweite, innovative Vorreiterrolle.

Hans-Günter Brünker (Volt):

1: Prinzipiell einverstanden. Ich glaube aber nicht, dass man grundsätzlich einen Passivhausstandard fordern sollte. Wärmedämmung sollte immer auch wirtschaftlichen Grundsätzen folgen. Das „letzte Prozent“ ist meistens unverhältnismäßig teuer. Wenn man die gleichen finanziellen Mittel an anderer Stelle einsetzt erzielt man möglicherweise einen größeren Klimaschutzeffekt. Aber dafür sollte ja der Kriterienkatalog der Experten diesen um herauszufinden was sinnvollerweise gefordert werden sollte.

2: Einverstanden

3: Prinzipiell einverstanden aber siehe Absatz 1: Dies erfordert eine wirtschaftliche Abwägung, da die Erreichung des Passivhausstandards unter Umständen mit hohen Kosten verbunden ist. Wenn man mit dem Geld, das durch die Anwendung eines geringeren Standards als dem Passivhausstandard eingespart werden kann anderweitig einen größeren Klimaschutzeffekt erreichen kann wäre es nicht sinnvoll es für einen erzwungenen Passivhausstandard aufzubringen.

4: Einverstanden.

Zusatz : Die Stadt Bamberg sollte gemeinsam mit den Stadtwerken und den Landkreisgemeinden überprüfen ob es wirtschaftlich sinnvoll ist, den geothermalen Hotspot zwischen Bamberg und Coburg energetisch zu erschließen und für das Bamberger Fernwärmenetz nutzbar zu machen. (eine entsprechende Anfrage hat Volt Bamberg bereits vor geraumer Zeit bei den Stadtwerken gestellt).

Fabian Dörner (Die PARTEI):

Ich habe nur Wärmewende und Vorreiterrolle gelesen. VOLL GUT!

Jonas Glüsenkamp (Grünes Bamberg):

Alles mit Ja.

Claudia John (Freie Wähler):

Keine Anmerkung

Christian Lange (CSU):

1: Nach unserer Einschätzung werden derzeit bereits klimarelevante Aspekte in der Bauleitplanung berücksichtigt. Inwieweit hier eine „fachkundige Kommission aus Experten“ weiterhelfen kann, muss mit dem neuen Stadtrat besprochen werden

2: Dieser Forderung wird durch die Stadtwerke Bamberg gerade vorbildhaft für die Lagarde-Kaserne umgesetzt. Wir wünschen uns weitere solche Projekte.

3-4: Wir favorisieren auch hier die Einzelfallprüfung. Generelle Festlegungen erscheinen uns problematisch. Aus betrieblichen Gründen würde sich wahrscheinlich heute die Frage stellen, ob sich die Stadtwerke Bamberg heute noch einmal für die die Passivbauweise des Bambados entscheiden würden.

Ursula Redler (BA):

Keine Anmerkung

Daniela Reinfelder (BuB):

1: Nein

2: Wird heute schon gemacht .

3: Nein

4: Nein

Andreas Starke (SPD):

1: Ja. In der oben angesprochenen Leitlinie zum energieeffizienten Bauen und Sanieren der Stadt Bamberg gilt für städtische Neubauten bereits der Planungsgrundsatz des Passivhausstandards. Auch bei Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden ist das Passivhausniveau - soweit möglich - anzustreben. Darüber hinaus werden - soweit netztechnisch möglich - alle öffentlichen Gebäude an

das Fern- bzw. Nahwärmenetz der Fernwärme GmbH aus dem Stadtwerke-Konzern angeschlossen. Letztes Beispiel dafür ist der Anschluss des Rathauses am ZOB an das Fernwärmenetz im Innenstadtbereich. Dasselbe gilt für die Generalsanierung von Schloss Geyerswörth. Nicht vergessen: Unser Hallenbad „Bambados“ war das erste in Europa mit Passivhausstandard. Auch bei der Ausweisung bzw. Neuplanung von Baugebieten wird die Einbindung in das bestehende Fernwärmenetz geprüft.

2: Ja. Wie unter 1. bereits erläutert, erfolgt der permanente Versuch, städtische Liegenschaften bzw. Bauprojekte an das bestehende Nah- bzw. Fernwärmenetz anzuschließen. Darüber hinaus wurden bereits aufgrund der Energieeffizienzrichtlinien der Stadt Bamberg städtische Gebäude an Hackschnitzelanlagen angeschlossen (siehe Blaue Schule) oder werden - wie zur Zeit - im städtischen Forstgebäude realisiert. Bei der Neuerrichtung des Digitalen Gründerzentrums, eine Kombination aus Alt- und Neubau, wurde die geforderte ENEC 2016 unterschritten. Hier wurde als Innovation ein Eisspeicher mit Wärmepumpe und Solarabsorbern auf Dach als Heizanlage errichtet. Ergänzt wurde die Wärmeregulierung mit einer Lüftungsanlage zur kontrollierten Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung.

3: Ja. Zum Passivhausstandard bei eigenen Neubauten siehe Erläuterung unter 1. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass aufgrund der gesetzlichen Anforderungen durch die ENEC und das EEG bereits anspruchsvolle Anforderungen zur Energieeinsparung und -gewinnung über regenerative Energiequellen gefordert werden.

4: Die Stadt Bamberg ist Eigentümerin zahlreicher hochkarätiger Denkmäler. Hier besteht eine Befreiung von der Einhaltung der ENEC. Eine Installation von Solarpaneelen ist aus denkmalpflegerisch und gestalterischen Aspekten hier in der Regel nicht machbar, auch aus Respekt vor dem Welterbetitel. Bei der Generalsanierung und Neubauten ist die Einhaltung der jeweils gültigen ENEC gefordert und wird entsprechend eingehalten. Beispielsweise wurden bei der Generalsanierung des Komplexes Martinschule/Claviusgymnasium die Gebäudebeheizung über Fernwärme errichtet, die Wärmeverluste der Gebäudehülle durch Dämmung der obersten Geschossdecke zum Dach, Dämmung der Außenwand Martinschule samt Austausch der Fenster nach aktuellem Standard durchgeführt und auch bei der technischen Gebäudeausrichtung energetisch wirksame Komponenten eingeführt (z. B. elektronische Vorschaltgeräte, Beleuchtung, Wärmerückgewinnung, Lüftungsanlage, Einzelraumregelung...).

Hendrik Torner (BaLi):

Auch dieser ist visionär, trifft den richtigen Ton und fordert konsequent. Unsere Zustimmung erhält er, besonders, weil es in diesem Fall nötig und möglich ist, ein Energiemanagementkonzept bis Ende des Jahres durchzusetzen.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN:

Ursula Redler BA:

In der Gesamtschau ist es allerdings doch viel, so dass die Umsetzung noch im Jahr 2020 ambitioniert ist. Ich meine aber, dass ich mich zum Beispiel auf meiner Arbeit gerade durch besondere Effizienz auszeichne. Also würde ich vieles versuchen.

FDP Martin Pöhner:

Gerne übersende ich Ihnen nachfolgend meine Positionen zum Thema Verkehr und Klimaschutz
Für eine Versachlichung der Umwelt-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik: attraktive Angebote statt Verbote

Damit die Innenstadt weiter erreichbar bleibt, die Überlastung der Straßen abnimmt und gleichzeitig der Umwelt- und Klimaschutz gestärkt wird, braucht es eine Verkehrspolitik mit Vernunft. Die ideologisch motivierte Verdammung des motorisierten Individualverkehrs ist dabei nicht zielführend. Bamberg braucht den richtigen Mix verschiedener Verkehrsarten in Verbindung mit modernen Technologien (z.B. „Nullemissionsfahrzeuge“) und eine gute überregionale Verkehrsanbindung. Wir wollen daher attraktive umweltfreundliche Verkehrsangebote machen, indem wir Bamberg zu einer wirklich attraktiven Fahrradstadt weiter entwickeln und den ÖPNV deutlich ausbauen. Dabei setzen wir auf attraktive Angebote statt auf eine Politik der Verbote.

Wir setzen uns deshalb ein für:

- die Entwicklung eines langfristigen Verkehrskonzeptes für ganz Bamberg, das die notwendigen Verkehrsströme vernünftig verteilt, an ausgewählten Stellen auch neue Wege schafft und die Überlastung einzelner Straßen und Kreuzungen beendet.
- die zügige Schließung der Lücken im Bamberger Radwegenetz (z.B. Regensburger Ring, Pfisterberg bis Wilhelmsplatz), wobei wir Anwohnerparkplätze unbedingt erhalten wollen, indem wir sie im Bedarfsfall nur verlegen statt streichen.
- die Schaffung neuer Radwegeverbindungen und Fahrradstraßen (z.B. Radachse „Bamberg-Ost“ vom Bahnhof bis zum ehem. Kasernengelände; Anschluss des Bahnhofs ans Radwegenetz, Verbindung des Stadtviertels Südwest mit dem Hain und der Innenstadt).
- den zeitgemäßen Ausbau der Radwege an den bisherigen Engstellen der Bahnunterführungen und Bahnüberführungen sowie die zusätzliche Schaffung von Fahrradparkplätzen in der Innenstadt und bei allen wichtigen öffentlichen Einrichtungen im Bamberger Stadtgebiet, u.a. am Bahnhof.
- eine Verkehrsentlastung des Berggebietes durch eine attraktivere ÖPNV-Erschließung und durch eine langfristige Reduzierung der Zahl öffentlicher Einrichtungen mittels Verlagerung an verkehrsgünstigere Stellen im Stadtgebiet.
- eine bürgernahe Verkehrsverlagerung und Verkehrsberuhigung durch den Ausbau von Entlastungsstraßen.
- die Förderung von modernen „Null-Emissions-Fahrzeugen“ in Bamberg. Dabei bekennen wir uns zur Technologieoffenheit. Ein Bonussystem soll dabei helfen unsere Stadt modern und emissionsminimiert in die Zukunft zu führen. Unter anderem fördern wir z.B. die Ausweisung reservierter Parkplätze inklusive Ladestationen für Elektrofahrzeuge in den öffentlichen Parkhäusern und Tiefgaragen.
- die Entwicklung innovativer innerstädtischer Mobilitätskonzepte unter Einbeziehung des autonomen Fahrens. Damit wollen wir unter anderem den Parksuchverkehr verringern und gleichzeitig die Individualmobilität verbessern.
- die Einführung einer echten Stadtbus-Ringlinie, um alle Stadtviertel und wichtige öffentliche Einrichtungen besser miteinander zu verbinden und damit echte Alternativen zur Autobenutzung in Bamberg zu schaffen. Diese Ringlinie soll von

- Gaustadt über den Bahnhof und die Wunderburg ins Babenberger Viertel und zum Klinikum führen. Von dort soll sie über die Lange Straße zurück nach Gaustadt fahren.
- eine bessere ÖPNV-Anbindung des Bamberger Umlandes – auch abends. Hier leben viele Kunden für die Läden, die Gastronomie und die Dienstleistungsunternehmen in Bamberg. Wir optimieren die Busverbindungen zwischen Landkreis und Stadt, schaffen einen Regionalen Omnibusbahnhof am Bahnhof als neues ÖPNV-Drehkreuz und entlasten damit auch die Promenade.
 - den Ausbau der ICE-Strecke auf der Bestandstrasse mit modernen Lärmschutzmaßnahmen. Dazu gehören niedrige Lärmschutzmauern, die teilweise aus Glas herzustellen sind, um die städtebaulichen Blickachsen zu erhalten.
 - die Schaffung eines S-Bahn-Halts Bamberg-Süd auf der Höhe der Gereuth und die Sicherung eines stündlichen „ICE-Systemhalts“ in Bamberg.
 - die Ausgabe kostenloser Jahrestickets des gesamten VGN an Schüler bis Jgst. 10 durch die Stadt Bamberg. Für Schüler ab Jgst. 11 und Auszubildende wollen wir die Einführung eines 365-Euro-Jahres-Tickets.
 - den Ausbau der regionalen Energieproduktion. Zu diesem Zweck wollen wir eine Photovoltaik-Potentialanalyse für Stadt und Landkreis – speziell für alle öffentlichen Gebäude und für Flächen neben den Autobahnen. Außerdem wollen wir eine Offensive bei der energetischen Sanierung sämtlicher öffentlicher Gebäude.

Sie werden sicherlich verstehen, dass ich aufgrund der Vielzahl von Anfragen unterschiedlichster Organisationen und der Tatsache, dass ich rein ehrenamtlich Politik mache und mein Hauptberuf als Direktor eines Gymnasiums absoluten Vorrang hat, nicht auf jedes Detail Ihrer Vorschläge eingehen kann.